

Sehr geehrte Frau Luttenberger,

zunächst einmal entschuldigen Sie bitte, dass ich Ihnen jetzt erst antworte, aber wie Sie sich vermutlich vorstellen können, erfordert der Wahlkampf momentan sehr viel Zeit und Energie.

Hier also unsere Antworten:

zu 1) DIE LINKE. Ortsverband Neuwied sieht Wohnungsmangel bei der Wohnungsgröße 40 bis 45 qm. Sie wird im Aufsichtsrat der GSG den Beschlussantrag stellen, im vorhandenen Wohnungsbestand große Wohnungen so aufzuteilen, dass mehrere kleine Wohnungen entstehen. Darüber hinaus sollen auch gemeinschaftliche und generationenübergreifende Wohnformen ermöglicht werden.

zu 2) Um ein selbstbestimmtes Leben auch im hohen Alter zu ermöglichen, werden wir als Ratsfraktion zusammen mit dem Seniorenbeirat dieses Thema öffentlich aufgreifen, damit konkrete Maßnahmen vereinbart werden können. Ferner werden wir uns im Aufsichtsrat der GSG dafür einsetzen, dass die GSG Angebote zum generationenübergreifenden Wohnen, für Senioren-Wohngemeinschaften und mehr barrierefreies Wohnen macht.

zu 3) Ja (siehe Antwort zu 1).

zu 4) Wenn solch eine Kommission erfolgsversprechend wäre, würden wir ihr sicherlich zustimmen. Grundsätzlich vertritt DIE LINKE. Ortsverband Neuwied aber folgende Meinung: Würde sich die GSG gemäß ihrer Satzung verhalten, wären viele Probleme gelöst und eine Kommission gar nicht notwendig. Ganz konkret: Wir benötigen Baubeschlüsse der GSG. Wir werden im Stadtrat und im Aufsichtsrat darauf bestehen, dass der Auftrag der GSG auch tatsächlich umgesetzt wird. Genau hierzu werden wir auch den künftigen Geschäftsführer befragen.

zu 5) DIE LINKE. Ortsverband Neuwied ist grundsätzlich für eine Änderung der Rechts- und Eigentumsform der GSG: Aus einer privatwirtschaftlichen Firma (GmbH), deren Interesse die Gewinnerzielung ist, soll eine Genossenschaft der Mieter werden. Dann kommen die Mieten den Mietern zugute, der soziale Auftrag kann umgesetzt werden und Überschüsse werden nicht mehr für die Sanierung des Stadthaushalts verwendet.

zu 6) Auch wenn uns die Zweckentfremdungssatzung der Stadt Bonn grundsätzlich sympathisch ist, so bevorzugen wir wiederum reale Maßnahmen durch die GSG. Ob eine weitere Satzung dieselbe Wirkung hat, wie ein Baubeschluss der GSG, möchten wir bezweifeln. Deshalb liegt der Akzent unserer Vorgehensweise nicht in Satzungen, sondern in tatsächlichem Bauen.

zu 7) siehe Antwort zu 1). In Neuwied ist die GSG so groß und finanzstark, dass sie die Nachfrage nach kleinen und bezahlbaren Wohnungen auch für Hartz IV-Empfänger oder Geringverdiener decken kann. Es muss nur entsprechend investiert werden - was gemäß Satzung der GSG ihr Auftrag ist. Diesem Sozial-Auftrag kam die GSG in der Vergangenheit nur teilweise nach, da sie als "Melkkuh" des Stadthaushaltes zweckentfremdet wurde.

Des Weiteren würde ich mich freuen, wenn wir uns in Zukunft mal persönlich kennenlernen würden. Unter Umständen ergibt sich auch mal die Möglichkeit einer Zusammenarbeit.

Beste Grüße! ☺ Tobias Härtling Vorsitzender - DIE LINKE. Ortsverband Neuwied
E-Mail: t.haertling@gmx.de Telefon: 02631 4512947 Mobil: 0179 1130956